

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abonnementspreis: Einzelnummer 60 — Mk. Durch Austräger 100 — Mk. pro Woche. Durch die Post 800 — Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktionsgenossenschaft. Redaktionspreisliste: 6 — 10 Uhr nachmittags. — Postämter Nr. 810 59. — Fernsprechnummer: Breslau, Ring 8837.

Freitag, 16. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die vierpaltige Millimeterzelle oder deren Raum 50 — Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Bekanntmachungsanzeigen 15 — Mk. Kleine Anzeigen per Wort 2 — Mk. — Reklame: Die Millimeterzelle 3 peltaren oder deren Raum im Satz 150 — Mk.

## Der neue Raubzug der „Vaterlandsretter“!

Die Cuno-Regierung hat den Großindustriellen weitere zwei Billionen und 100 Milliarden Mark zugeschanzt. — Die Sozialdemokraten dulden diesen Betrug und die Cuno-Regierung. Was sagen die USPD-Arbeiter und die Gewerkschaftsmitglieder dazu?

Breslau, den 15. Februar 1923.

Wir haben gestern bereits an dieser Stelle das Wort ergreifen gegen den neuen Raubzug der Großindustriellenbewahrer. Inzwischen haben wir Nachrichten erhalten, die unsere gestrigen Ausführungen vollaus bestätigen.

Der Berliner Börsen-Korrespondent des „Prager Tageblatts“ berichtet, daß die Reichsregierung der Reichsbank den Auftrag gegeben habe, etwa für 300 Goldmillionen Devisen auf die Berliner und ausländische Märkte zu bringen und dadurch den Markkurs zu heben. Durch diesen Auftrag ist ein Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichsbank entstanden, deren Vorgesetzter Habenstein und Glafenapp erklärt haben, daß diese Devisenpolitik keinen Zweck habe. Sie wollen zu nichts, konnten dann nur mit schwerer Mühe bezogen werden, im Amt zu bleiben. Habenstein hat insbesondere erklärt, daß auf diese Weise die Reichsmark ihrer letzten Währungsstütze beraubt würde und daß es deshalb kein Zusammenbruch kommen müßte. Die Reichsregierung besteht aber auf ihrem Verlangen und will den Dollarkurs auf 25 000 herabzudrücken, weil man hofft, dadurch zu gewinnen und eine günstige Situation für die ganze Weltentwicklung geschaffen werde.

Bis heute abend hat nicht eine einzige bürgerliche und sozialdemokratische Zeitung es gewagt, diese Darstellung des „Prager Tageblatts“ zu dementieren. Die Rücksicht der Meldung wird durch die verschiedensten Meldungen über den bevorstehenden Rücktritt prominenter Personen aus leitenden Stellen der Reichsbank bestätigt.

Dreihundert Goldmillionen, in Papiermark zwei Billionen, hundert Milliarden, sind hinausgeschmissen worden, um für einige Tage den Markkurs auf 25 000 zu heben und „Zeit zu gewinnen“ für „die günstige Situation“.

Die Reichsregierung verschleudert also die letzten Reichtümer und wirft die 300 Goldmillionen der Industrie und den Devisenspekulanten in den Rauch. Der alte sozialdemokratische Plan Hilferdings von der produktiven Verwendung des Reichsbankgoldes erlebt damit seine Auf-erlebung. Klar und deutlich aber zeigt sich, daß die Hilferding'schen Pläne nur der Bourgeoisie zuzunehmen. Denn in der Woche vom 3. bis 10. Februar ist der Dollarkurs um 29 Prozent gefallen, die Kohlenpreise sind aber um 99 Prozent, die Kokspreise um 81 Prozent, die Eisenpreise um 55 bis 60 Prozent gestiegen.

Warum aber soll der Markkurs gehoben werden?

Mit der Senkung des Dollarkurses ist ein riesengroßer Betrag an allen Proletariern als einzigen Steuerzahlern, durchgeführt worden.

Die 300 Goldmilliarden sind, wie wir erfahren, auf ausdrückliches Verlangen von Stinnes der Reichsbank abverlangt worden. Stinnes verfolgte mit diesem Plan zweierlei: einmal Anschaffung billiger Devisen, um englische Kohle einführen zu können. Hätte die Regierung die Mark nicht gehoben, dann müßte Stinnes zumindest das Doppelte für die Kohle zahlen. Dann aber bezweckt damit Stinnes, die Regierung ihrer letzten Mittel zu berauben, um später mit größerem Erfolge als bisher ihre Kapitulation zu erzwingen. Die Auslieferung der Eisenbahn und was drum und dran hängt, kann keine Schwächlinge mehr bieten.

Wir stellen weiter fest, daß der Schwerindustrie einige Tage vor dem Einsetzen der „Stützungsaktion“ der Reichsbank die Pläne der Reichsbank bekannt waren, und daß die Gesellschaften und die Direktoren ihre Devisenbestände zu einem großen Teil bei einem Dollarkurs von 52 000 verkauft haben, um jetzt bei einem Dollarkurs von 27 000 oder 25 000 die Devisen der Reichsbank aufzukaufen. Was hier geschieht, ist ein riesengroßer Betrug an den Proletariern, der ausgeführt wird mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer.

Die Folgen dieser „Stützungsaktion“

werden schon in Kürze sichtbar sein. Der Kurssturz, der nach einigen Tagen einsehen wird, wird alles bisherige übertreffen. Die ausländischen Bör-

sen sind zumindest ebenso schlau wie die deutsche Regierung. Dort wird man es bald wissen, daß die Mark die letzte Währungsstütze verloren hat. Ein Dollarkurs von 100 000 wird wahrscheinlich nur die Einleitung zu noch größeren Katastrophen bedeuten. Damit ist aber der Lohn des Arbeiters um weitere Dreiviertel entwertet.

Die Großadelsbewahrer aber schauen oder sädeln noch und noch! Sie haben gesädel bei der Stundung der Kohlensteuern, die ihnen die Proleten zahlten. Sie haben gesädel als sie ihre Devisen der Reichsbank zu einem Kurs von 52 000 Mark veräußerten. Sie sädeln, wenn sie dieselben Devisen zu einem Dollarkurs von 27 000 oder 25 000 zurücklaufen. Sie werden ausländische Rohstoffe billiger einkaufen, dann den Dollarkurs wieder auf 100 000 oder 200 000 hinaufreiben, die billig gekaufte Rohstoffe zum Dollarkurs von 100 000 bzw. 200 000 veräußern und wieder sädeln. Sie werden obendrein der Reichsbank die zu einem Dollarkurs von 25 000 oder 27 000 Mark abgekauften Devisen zu dem Dollarkurs von 100 bzw. 200 000 Mk. veräußern. An jeder Aktion verdienen sie einige Stangen Gold. Alles Gold fließt durch ihre Geldsiebe, macht seinen Umlauf und kehrt in größerer Fülle in ihre Geldsäcke zurück, um einen neuen Umlauf zu beginnen, in einer noch größeren Fülle zurückzuführen usw. Und wenn der Preis des Dollars auf 100 000 steigt, fällt der Lohn des Proleten um 3/4 oder um 75 Prozent.

Wenn Stinnes und Konpaten heute mit einem für 25 000 Mark gekauften Dollar einen Arbeiter bezahlen, so werden diese Großwucherer morgen mit einem für 100 000 Mark veräußerten Dollar 4 Arbeiter bezahlen und obendrein bei 4 Arbeitern 3 Dollar jede Woche „sparen“!

Nun rechnet Euch aus, was diese Salutschlägen bei der Millionenmasse der Arbeiterschaft Deutschlands sparen! Ja ja! „Gottes Wege sind wunderbar“!

Das ist die Durchhaltepolitik der Cuno-Regierung.

Sie ist, wie aus diesen Tatsachen klar hervorgeht, des Creditkomitees der Großwucherer, die dem Proletariat, den Kleinbauern und dem Kleinbürgertum das Fell über die Ohren ziehen und es zu Geld machen!

Und die Bürokratie der Sozialdemokratie, des ADGB, der USA, der „Christen“ und „Sitzge“?

Sie alle, alle stützen die Cuno-Regierung!

Im Montag-Abendblatt erklärt für die USPD-Stamper im „Vorwärts“, daß es beim Durchhalten bleiben müsse. Die Arbeiter sind bereit. „Sie sind bereit“, erklärt dieser Stroh, „für ihre Ueberzeugung auch zu hungern!“ Und damit sie hungern, werden der Industrie Billionen gezahlt!

Die „Volkswacht“ schrieb in ihrer Nr. 33, daß die Politik der Cuno-Regierung sich „vortrefflich bewähre“.

Bedarf es noch klarerer Tatsachen, um dem Proletariat zu beweisen, wessen Interessen die Regierung Cuno wahrnimmt, wer sie stützt, und auf wessen Kosten das Durchhalten erfolgt?

Es ist Zeit, daß auf diese unzweifelhafte Einsicht eine nicht minder unzweifelhafte Antwort erfolge. Die Arbeiterschaft darf nicht länger den Betratern in ihren eigenen Reihen Gefolgschaft leisten. Die bewußten Betrüger müssen aufhören!

Wie lange noch wollen die in der USPD und in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter diesen schamlosen Verrat dulden? Jeder Tag des Zögerns bedeutet größeres Elend. Entweder mit Stinnes in den Untergang, oder gegen die Bourgeoisie mit dem internationalen Proletariat.

Entweder Unterstützung der Regierung Cuno und also der Wucherer, oder Kampf um eine Arbeiterregierung!

So sind die Fragen gestellt. Arbeiter und Arbeiterinnen! Entscheidet in den Betrieben und Gewerkschaften. Euer Schicksal liegt in Eurer eigenen Hand!

## Der französische Militarismus und der chemische Krieg.

Von Marcel Fourrier, Paris.

Nachstehender Artikel unseres Genossen Marcel Fourrier deckt ein bisher nicht so sehr in Betrachtung getretenes, aber sehr wichtiges Kriegsziel Poincares bei der Ruhrbesetzung auf. Der Artikel zeigt, daß nicht nur die französischen Kapitalisten sich in den Besitz der Farbstoffindustrie setzen wollen, sondern auch die französische Militärs die Farbstoffindustrie für die Herstellung des Giftgases und anderer Kriegstoffe benutzen wollen.

Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, erhält das Ammoniak-Problem der Badischen Anilin- und Sodaabrik mit der französischen Regierung eine ganz andere Bedeutung. Die französischen Kapitalisten können mit den Farbstoffen nichts anfangen, wenn nicht vom Ammoniak das Syntheschwarz mit vorrätig wird. Gegen die Besetzung von 11 Milliarden und eine Gewinnteilung von 2-4 Prozent hat die Badische Anilin-Fabrik eine Bitte für die Herstellung des synthetischen Ammoniaks an die französische Regierung ausgesprochen. Sie setzt dadurch sowohl die französischen Kapitalisten in die Lage, die Farbstoffe weiter anzuerhalten, wie die französischen Militärs ihre Kriegsvorbereitungen zu vollziehen. Die Pläne der französischen Militärs stellen eine Bedrohung der französischen und deutschen Arbeiter dar, die von dem deutschen und französischen Proletariat gemeinsam bekämpft werden muß.

Der Red. d. „Schles. Arb.-Ztg.“

Der Geheimbericht des Herrn Dartac, den die Humanität ans Tageslicht gezogen hat und über den sich die große kapitalistische Presse auf Befehl von oben geistlich ausschweigt, hat über die wirklichen Absichten der Ruhrbesetzung durch Herrn Poincare ein helles Licht verbreitet. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um die Annexion der Rheinprovinz.

Nach der Auffassung der französischen Imperialisten rechtfertigt sich diese Annexion durch zwingende Gründe der nationalen Verteidigung. An irgend einer Stelle seines Berichts spricht Herr Dartac vom Rheinland als von „einem militärischen Glacis Frankreichs“, und auch Herr Poincare hat, diese Worte noch verschärfend, in seiner Kammerrede bei der Rechtfertigung seiner militärischen Aktion, Anspielungen auf „gewisse zwingende Notwendigkeiten der nationalen Verteidigung“ gemacht.

Es handelt sich augenblicklich nicht bloß um die berüchtigte Politik der natürlichen Grenzen und der „Wacht am Rhein“. Denn der Krieg von 1914 bis 1918 hat den schlüssigen Beweis erbracht, daß ein noch so stark bewachter Fluß dem Vordringen moderner Armeen kein ernsthaftes Hindernis mehr in den Weg zu stellen vermag. Aber was den französischen Militarismus im Rheinland so ganz besonders interessierte, das sind die riesigen Farbstoffwerke, die von einem Tag zum anderen in Produktionsstätten für Giftgas umgewandelt werden können.

Der Gaskrieg von 1915 bis 1918.

Alle Welt kennt die riesige Entwicklung, die der Gaskrieg im Laufe des letzten Vorkriegens genommen hat. Die der Hölle von Ipern entronnenen ehemaligen Kriegsteilnehmer werden ihr Leben lang niemals den ersten Angriff unter Vorausschickung von Chlorgas im Jahre 1915 vergessen. Ebenso werden sie stets der Gasgranaten und ihrer Wirkung eingedenk bleiben.

Das plötzlich rasche Vordringen der Deutschen im Jahre 1918 war fast ausschließlich auf die großzügige Anwendung von Blaugasgranaten zurückzuführen. Und die Denkwürdigkeiten Ludendorffs haben uns inzwischen offenbart, daß die deutsche Artillerie zu dieser Zeit tatsächlich 70 Prozent Gasgranaten verschossen hat.

Angesichts dieser Bedrohung haben die Alliierten seit dem Jahre 1917 die allergrößten Anstrengungen gemacht, um sich ebenfalls eine künstliche chemische Industrie zu schaffen. Riesensummen wurden ausgegeben, um riesige chemische Werke aufzubauen und sie mit den notwendigen Rohstoffen zu versorgen. Aber erst im Juli 1918 war die Giftgasproduktion der Alliierten so weit

vorgeschritten, daß sie der deutschen Produktion die Waage zu halten vermochte.

### Fachstoffwerke und Giftgasproduktionswerkstätten.

Welche Stellung sollten nun nach Beendigung des Krieges die Militärs und die Deutschen zum größten Teilwesen des chemischen Kapitals einnehmen? Denn wenn die Giftgasfabriken der Engländer und Franzosen, deren Auf- und Ausbau ausschließlich nach dem Gesichtspunkt der Kampfesnotwendigkeiten gegen Deutschland erfolgt war, für die Nachkriegsproduktion so gut wie völlig wertlos waren, so traf dies keineswegs auch auf die deutschen chemischen Werke zu. Diese wurden vielmehr wieder sofort, was sie schon vor dem Jahre 1914 gewesen waren, leistungsfähige Fachstoffwerke. Dagegen mußten die französischen und englischen Betriebe wieder entweder verschanden oder sich von Grund aus völlig umstellen.

Einige Zahlen mögen zur Veranschaulichung der Dinge dienen: Die derzeitige Fachstoffproduktion Deutschlands übersteigt 160.000 Tonnen gegenüber ungefähr 50.000 Tonnen in der gesamten übrigen Welt. Frankreich hatte im Jahre 1918 für seine Kriegszwecke eine Produktion von 18.000 Tonnen, die heute wieder auf rund 9.000 Tonnen herabgesunken ist.

### Die Giftgase und die Heereskräfte.

Die erdrückende Überlegenheit Deutschlands auf diesem Gebiete ist mithin augenfällig. Denn aus den Fachstoffen werden durch einfache chemische Umwandlungsprozesse die heute bekannten Giftgase gewonnen!

Infolgedessen blieb auch nach dem Jahre 1918 das besetzte und entwaffnete Deutschland immer noch eine militärische Großmacht, weil es, wenn auch nicht mehr über große Soldatenmassen, so doch über das gewaltigste chemische Produktionsvermögen in der ganzen Welt verfügte.

Der Friedensvertrag von Versailles hat sich auch mit dem chemischen Krieg beschäftigt. Er unterlagte in formeller Weise Deutschland die Herstellung von Giftgasen. Er ordnete darüber hinaus auch noch eine strenge Überwachung sämtlicher deutscher Fachstoffwerke an. Doch was bedeutet diese Überwachung, da die Fachstoffindustrie nun einmal eine Friedensindustrie ist, deren Produkte für alle Färbereien der Welt einfach unentbehrlich sind und die man deswegen nicht einschränken kann, ohne die ganze Weltwirtschaft auf den Kopf zu stellen. Mithin ist Deutschland in der Lage, in seinen Fachstoffwerken die gleichen Rohstoffe und Erzeugnisse von einem Tag zum andern in Gasgift zu verwandeln und seine Friedensindustrie zur Kriegindustrie umzustellen.

### Die Vereinigten Staaten bauen ihre Fachstoffwerke aus.

Diese materielle Unmöglichkeit, Deutschland hier zu entwaffnen, bereitet dem französischen Generalstab und der Regierung eines Landes, das seinem Militarismus um jeden Preis eine Welthegemonie erhalten wissen will, die allerschwersten Sorgen. In der Tat konnte die Bedeutung des chemischen Faktors im nächsten Krieg dem französischen Generalstab trotz all seiner Borniertheit ebenso wenig entgehen, wie sie den übrigen Weltmächten entgangen ist. Die Vereinigten Staaten waren übrigens die ersten, die den Versuch gemacht haben, ihre militärische Position durch die Steigerung und den Ausbau der chemischen Rüstung ihrer Armee zu stärken.

Der General Gries, der Leiter der chemischen Abteilung des amerikanischen Großen Hauptquartiers, schrieb bereits im Jahre 1910 im Journal of Industrial and Engineering Chemistry Zeitung (Zeitung für industrielle und technische Chemie):

„In erster Linie stellt der chemische Krieg eine wirkliche Wirtshaft dar. Seit der Erfindung des Schießpulvers hat es noch nichts wieder gegeben, was die Bedingungen der Kriegsführung so grundlegend verändert hat.“

Die allgemeine Einführung des chemischen Krieges zu Lande, zu Wasser und in der Luft wird der Nation eine unbedeutende Überlegenheit sichern, die auf diesem Gebiete am meisten zu produzieren vermag.“

### Die Besorgnisse des französischen Großen Hauptquartiers.

Diese Auffassung ist übrigens vor kurzem vom Feldmarschall Joffre selbst bestätigt worden. Und zwar in der Rede des Buchs eines englischen Offiziers, des Majors Peibart, das den Titel führt: „Das Rätsel des Rheins“ und das keine Spur grandioser aufblähen will über das Schicksal, das ihnen der nächste kapitalistische Krieg bereiten wird. Es heißt darin a. a.:

„Das Klagen, das heute von einem Tag zum andern immer größere Beachtung zu tragen vermag, wird ein neues Mittel bilden, rasige Mägen von Giftgas in Gestalt von immer härteren Bomben zu verbreiten, um damit die Heere, sowie die hinter der Front liegenden Bevölkerungszentren zu treffen oder auch ganze Gebiete für Menschen unbewohnbar zu machen.“

Nach alledem begreift man, weshalb der französische Militarismus wie hypochondrisch auf die deutschen Fachstoffwerke blickt, die infolge eines unvorhergesehenen Zufalles schließlich wie gerufen im Rheinland liegen.

Diese Politik des großen französischen Generalstabes mußten wir jetzt überall in die Lage hineinschieben.

### Der große Kampf der Bergarbeiter in Lothringen und im Saargebiet.

Der „Bollstribune“, unserem Meist-Grubenorgan, entnehmen wir folgende Mitteilungen über den Kampf der Kohlenbergarbeiter im Saargebiet und in Lothringen: „Im Saargebiet haben die Bergarbeiterverband zusammen mit dem christlichen Gewerkschaftsverband, ferner der Deutsche Metallarbeiterverband und der christliche Metallarbeiterverband gemeinsam der französischen Bergarbeiterverwaltung eine Reihe Forderungen unterbrei-

# Der Ruhrkrieg.

## Ausdröhnung und Verschärfung der Besetzung. — Salzfällische Probotaturre am Berl.

Nach den aus dem besetzten Gebiet kommenden Nachrichten hat sich der Druck der Besatzungsstruppen verschärft. Die aufgeblassene Offizierskamarilla Poincares hat es offenbar notwendig, sich nach vierwöchentlicher Besetzung ihre Truppen gegen die deutsche Bevölkerung aufzupolieren. Der „Geist“ der Truppen hat gelitten. Befinden sie sich doch in einer äußerst jämmerlichen Lage, schlechte Verpflegung und elende Unterkunft, haben sie doch täglich das grauenhafte Elend der Arbeiterbevölkerung. Mehr und mehr häufen sich die Zeichen, daß die einfachen Soldaten erkennen haben, daß nicht die ernsthafte proletarische Bevölkerung des Ruhrgebietes und Deutschlands ihr Feind ist. Aber wie während des Weltkrieges, so bald ein Frontabschnitt zu „ruhig“ wurde, durch Probotationen und an sich sinnlose Expeditionen mit Handgranaten die nötige Entlohnung und Bestialität auf beiden Seiten geschaffen wurde, genau so werden jetzt im Ruhrkrieg die französischen Soldaten von ihren Offizieren scharf zu machen versucht.

Trefflich arbeitet ihnen da das nationalstiftliche Geschwätz in die Hände, das teilweise aus allen Teilen Deutschlands hingeströmt ist und aus Mitteln der „Ruhrhilfe“ unterhalten wird. Wie unsere Meldungen aus dem besetzten Gebiet beweisen, wird das Treiben dieser nationalstiftischen Meute immer toller und richtet sich immer mehr gegen die Arbeiterschaft.

Die Veruche auf beiden Seiten, die nationalen Leidenschaft wahrhaftig aufzubereiten, beweisen nur, daß die Probotatoren etwas zu verdecken haben. Das Proletariat muß auf dem Posten sein, damit nach erfolgter deutsch-französischer Verständigung, nach der die bürgerliche Presse schon schreit, die nationalstiftischen Bogrombanden nicht die Arbeiterschaft aberräumen können.

### Die Warenperre in Kraft.

Die Besetzung von Weisel und Emmerich ist erfolgt. Mit dem 13. Februar ist die Warenperre in Wirksamkeit getreten, die rigoros gehandhabt wird. Gleichzeitig ist die Zellperre um das altbesetzte Gebiet verhängt worden. Die Einfuhr vom alt- zum neubesetzten Gebiet ist von einer besonderen Ausfuhrerlaubnis abhängig gemacht. Diese soll nur Firmen erteilt werden, die in guten Beziehungen zu den Franzosen stehen, etwa wie die Budische Anilin- und Sodafabrik. Die deutschen Unternehmer schwören Stein und Bein zusammen, daß sie fest bleiben werden.

Die Besatzungsbehörden machen die äußersten Anstrengungen, den passiven Widerstand der Eisenbahner zu brechen, da sie die Auslieferungserlöse, erlösen, mit gezwungenem französischem Personal einen ordnungsgemäß funktionierenden Betrieb in Gang zu bringen. Zudem sie daher fortfahren, phantastische Meldungen über Maschinenfabriken eigener Eisenbahner in die Welt zu legen, und mit völliger Übernahme des gesamten Rechts unter Entlassung aller Deutschen drohen, verurteilen sie gleichzeitig mit Beschuldigungen die deutschen Eisenbahner zu fändern. Bisher ohne Erfolg. Jüngste französische Eingriffe hat sich die Verkehrsfrage wieder verschlechtert.

Daher greifen die Besatzungsbehörden zu den gewaltigsten Mitteln. Zahlreiche Besetzungen und Ausweisungen sind erfolgt. Vieles ist noch vorgesehen für Eisenbahner und Beamte beschlagnahmt worden, um sie zur Arbeit zu zwingen. Die Requisitionen werden verschärft, von den Städten werden Auto-Besetzungen verlangt. Nach Gelsenkirchen wurde eine Strafexpedition unternommen und die Spitzen der Behörden verhaftet.

### Salzfällische Probotationen.

In den letzten Tagen haben nationalstiftische Truppen wiederholt an Rixens und Restauranz Genesische einen eingeschlagen und die Salze demoliert, weil die Inhaber französische Soldaten oder Offiziere bewirtet haben. Die Besetzung einzelner Soldaten durch Rixensianer nimmt immer tollere Formen an.

In Bochum sind am Donnerstag voriger Woche französische Soldaten so mißhandelt worden, daß einer von ihnen „tot“ geschrien ist.

### Ein Koch der Offiziers Salzfäll?

In der vorigen Woche wurde ein 15-jähriger Junge, der mit einem 17-jährigen Freund Geburtstag gefeiert hatte, von der Schupo verhaftet und zur Bahnhofsstraße gebracht.

Die Arbeiterorganisationen fordern unbedingt eine Lohnerhöhung von 5 Franken im Februar und um weitere 2 Franken vom 1. März ab. Dazu kommen verschiedene weitere Forderungen: Anzelegung der Handwerkerzulage, Einhaltung des Tarifvertrages bei Auftragsabschlüssen, bessere Behandlung der Arbeiter durch die Grubenbeamten usw. Die französische Verwaltung hat die Forderungen der Organisationen glatt abgelehnt. Das Antwortschreiben weist darauf hin, daß die französische Grubendirektion bereit war, vom 1. Februar ab eine Lohnerhöhung von 3 Franken für die Schicht zu bewilligen. Eine weitere Lohnerhöhung sei unmöglich. Da inzwischen der Streik ausgebrochen sei, werde die Verwaltung auch die 3 Franken Zulage nicht mehr bewilligen. Poincares Agenten im Saargebiet gehen also aufs Ganze. Ihnen steht der Kampfeswille des Gesamtproletariats gegenüber, das die weitere Verelendung nicht mehr hinnehmen will.

Jüngst hat auch der Streik in Lothringen wuchtig eingesetzt. Auf den Wendelschichtzweigen 15.000 Arbeiter, auf La Houwe 5.000, bei Saar und Rosel 11.000. Alle Schichten sind militärisch besetzt. In den Straßen marschieren französische Patrouillen, Kavallerie, Jäger, selbstständig angeordnete Gendarmen sind eingesetzt. Die Jäger drohen, daß sie streikende Arbeiter erschüttern werden, wenn sie nicht zur Arbeit zurückkehren. In St. Amand, Chospital und anderen Orten des Grubenreviers fanden Massenversammlungen statt, in allen Versammlungen kam der entschlossenste Kampfplan zum Ausdruck. Die Behörden sind so nervös geworden, daß die Grubendirektion militärische Posten vor ihre Häuser entsandte. Es heißt sogar, daß französische Artillerie ins Streikgebiet gezogen werden soll. Durch all dies lassen die Bergleute sich weder provozieren, noch vom Streik abbringen.“ Die „Bollstribune“ schreibt mit vollem Recht: „Wegen der Erfahrungen der Saararbeiter der Ruhrbergleute eine Mahnung sein, sich nicht lockern zu lassen, vielmehr vereint mit der gesamten deutschen Arbeiterklasse und mit Unterstützung der französischen

Dort ist der 16-jährige Junge unter sehr geheimnisvollen Umständen gestorben und seinen Eltern tot nach Hause gebracht worden. Der 16-jährige Junge war, getrennt von seinem Freund, von den Schulpolizisten mißhandelt und mit dem Tode bedroht worden. Wir werden über die Angelegenheit noch berichten.

### Ein Todesopfer des nationalen Mobs!

Am Montag wurde in Essen von der Bahnhofsstraße ein Mann verhaftet, der angeblich ein französischer Spion sein sollte. Der nationalstiftische Mob forderte die Auslieferung des Mannes. Obwohl die Schupo aus den Vernehmungen des Mannes feststellte, daß er kein Spion sein konnte, ließ sie den Mann frei und lieferte ihn dem von salzfällischen Probotateuren ausgepeitschten Mob aus. Die Bestien haben diesen Mann vor den Augen der Schupo foltergeschlagen.

Montag Nacht, als in Essen die Salzfällflut wieder einmal hochging, wurden die beiden Redakteure Will Henrichs und Peter vom „Ruhr Echo“, die sich das Treiben angefangen als Spione verhaftet und zur Wache am Pferdemarkt gebracht. Auch hier wollte man scheinbar ein Programm veranstalten. Nachdem sie sich legitimiert hatten, hat die Polizei die beiden Genossen sehr zum Verdruß der Salzfäll entlassen.

Die Salzfäll in Essen planen für einen der nächsten Tage einen Angriff auf das kommunistische „Ruhr Echo“. Sie werden sich jedoch einen Denkzettel holen, den sie sofort nicht wieder vergehen werden.

### Die Beamten und Arbeiter der Stinneszweigen stellen Forderungen.

In einer von über 90 Arbeiter- und Angestelltenräten sämtlicher Organisationen beauftragten Betriebsräteversammlung wurde am Montag nachmittags nach äußerst lebhafter Debatte einstimmig folgende Resolution angenommen (Organisationsvertreter des Bauarbeiterverbandes und der Union waren ebenfalls zugegen und sprachen für die Forderungen):

„Die am 12. Februar 1923 in Essen tagende Vollversammlung der Arbeiter- und Angestelltenräte der Stinneszweigen fordern hiermit die Gewerkschaften auf, nachfolgende Forderungen an maßgebenden Stellen auf verdingungsmäßigem und schnellstem Wege zur Durchföhrung bringen zu wollen:

1. Sicherstellung der Ernährung und Entlohnung der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes, Lieferung verbilligter Lebensmittel an alle Arbeiter und Angestellten.
2. Forderung einer sofortigen, der jetzigen Steuerentlastung entsprechenden Wirtschaftshilfe (mindestens 100.000 M.).
3. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte (Mitbestimmungserecht bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten).
4. Gleichstellung mit dem Unternehmertum in der Art und Weise der Entrichtung von Steuern: Kein Lohnabzug mehr.
5. Unbedingte Beibehaltung des Achtstundentages und der Siebenstundenschicht.“

### Lohnstreik der Straßenbahner in Duisburg und Mülheim, Ruhr.

Am Montag traten die Straßenbahner in Duisburg wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen in den Streik. Dem Streik der Duisburger haben sich am Dienstag die Mülheimer Straßenbahner angeschlossen, weil auch ihre Forderungen abgelehnt wurden. Seit der Bahnperre, die durch die Militarisierung der beiden Hauptlinien zwischen Essen und Düsseldorf auf dem gesamten Güter- und Fernverkehr besteht, haben die Straßenbahnen zwischen Essen und Duisburg Bombengeschäfte gemacht. Den Straßenbahnern derweilerte man jedoch jede wirksame Lohnerböhung, obwohl die Lebenshaltungskosten seit der Besetzung um mehr als 200 Prozent gestiegen sind.

Die deutsche Regierung hat den Beamten im besetzten Gebiet Sonderzulagen gewährt. Für die Beamten in den Städten Essen und Ludwigshafen ist z. B. die Sonderzulage, die bisher 102 Prozent des Grundgehaltes betrug, auf 182 erhöht worden. Verhandlungen über die Erhöhungen der Besatzungszulage stehen bevor.

Die Arbeiterschaft kommt dagegen in immer härteren Tagen zu dem Unternehmertum, das die notwendigen Zulagen verweigert, so daß mit Ausbruch großer Konflikte gerechnet werden muß.

Arbeiterklasse den Kampf aufzunehmen gegen das internationale Großkapital.“

### Die blutigen Vorgänge in Gelsenkirchen.

Was die bürgerlichen Presseagenturen meldeten:

W.B. Gelsenkirchen, 12. Februar.

Heute früh 7 1/2 Uhr kam aus der Richtung Redlinghausen durch die hiesige Hochstraße ein deutsches Auto, das von einem deutschen Chauffeur geführt wurde und in dem zwei französische Gendarmerieoffiziere saßen. Da das Auto keine beleuchtete Schlussnummer hatte (es war noch sehr dunkel) hielt ein in der Hochstraße postierter Polizeibeamter das Auto an. Die Offiziere sprangen aus dem Wagen, riefen dem Schutzpolizisten: Hände hoch! und entwaffneten ihn trotz seines Widerpruches. Mithin wurde er von privater Seite (!!) die etwa 50 Schritt von dieser Stelle entfernte Polizeiwache alarmiert worden, welche darauf eine Anzahl Beamte entsandte. Blököhlich erhob der eine französische Offizier seine Pistole und schoß dem vor ihm stehenden Oberwachmeister Hulmacher zweimal in den Hals. Der erste Schuß war ein Durchschuß, der zweite ein Steckschuß. Die beiden Franzosen und auch der Chauffeur liefen sodann davon und erhielten von den anderen Polizeibeamten Schüsse, von denen einer einem Franzosen in den Leib und ein anderer dem zweiten Franzosen in die Schulter drang.

### Was tatsächlich vorgefallen ist.

Zu den blutigen Vorfällen wird uns aus Gelsenkirchen gemeldet:

Montag, den 12. Februar, vormittags gegen 12 Uhr, wurde durch Grune ein Auto mit französischen Gendarmen festgehalten. Es kam hierbei zu einer Schießerei, wobei die französischen Gendarmen verwundet und ein Gruner getötet wurde. Auf Grund dieser Vorkommnisse wurde Dienstag, den 13. Februar, der Gelsenkirchener Oberbürgermeister und der Bürgermeister, der Polizeipräsident und etwa 30 Mann von den Franzosen verhaftet. Die Polizeiwachen wurden von den Franzosen

# Reichsparteitag der RPD.

## Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten und unser Kommunalprogramm.

demoliert. Die städtischen Beamten sind nachmittags 4 Uhr in einen 24stündigen Proteststreik getreten. Die Polizei tut keinen Dienst mehr. Die Stadt soll bis Mittwoch 100 Millionen Mark Vorschuß zahlen. Am Abend sind die Franzosen wieder abgezogen und haben die städtischen Gebäude wieder freigegeben. Außerdem wurde noch der Reichsbankdirektor verhaftet.

Vor kurzem erst hatte die bürgerliche Presse die Nachricht kolportiert, daß in Wanne ein deutscher Kolonialisführer von französischen Soldaten mit dem Kolben erschlagen worden wäre. Dieser erschlagene Vorkämpfer hat bis dahin mit dem Kolben eines französischen Soldaten noch gar keine Bekanntschaft gemacht — und lebt heute noch! Durch die Greuelnachrichten will man die „Volkseele zum Kochen bringen“ ebenso wie man sie 1914 durch allerlei Schauernachrichten zum „Ueberlaufen“ brachte!

### Schlesische Rundschau.

#### Angst vor dem Bazillus Bolschewismus.

Die Diener der violetten deutschen Republik haben vor ihrer roten russischen Schwester eine unheimliche Angst. Sie leben in steter Sorge, der gefährliche „Bazillus Bolschewismus“ könne nach Deutschland getragen werden und das herrlich schimmernde Violett zerstören. In ihrer Angst treffen sie alle Vorkehrungen, eine Einwanderung dieses „schrecklichen Bazillus“ zu verhindern. Jeder, der nicht unbedingt bolschewistisch ist, kommt von Rußland nicht nach Deutschland. Nur für Leute, von denen man bestimmt weiß, daß sie entweder Monarchisten, Menschewisten oder auch Sozial-Revolutionäre (das ist ja die schöne antibolschewistische Einheitsfront) sind, hat die Republik Friedrich Eberts ein Willkommen.

Ihre Furcht vor dem Bazillus Bolschewismus zeigen die schlesischen Behörden in folgendem interessanten Fall: Der Photograph Willi K. aus Friedeberg a. Queis wollte seine Schwägerin, die Studentin D. aus Moskau zu sich auf Besuch kommen lassen. Er wandte sich mit einem diesbezüglichen Gesuch an das Auswärtige Amt. Dieses Gesuch wurde vom A. A. abgelehnt mit der Begründung, es könne die Einreiseerlaubnis von der deutschen diplomatischen Vertretung in Moskau erst dann einholen, wenn eine Zuzugsbewilligung von der Behörde des Ortes vorliegt, in dem die einreisende Person wohnen will. Darauf wandte sich der Antragsteller an den Bürgermeister in Friedeberg, um diese Genehmigung zu erlangen. Der Bürgermeister lehnte das Ansuchen jedoch schlanke ab. K. erklärte dies für eine Schikane seitens der Behörde, was ihm eine Strafe wegen Beleidigung in Höhe von 2000 M. einbrachte. Der Antragsteller gab sich aber nicht zufrieden. Er beschwerte sich beim Regierungspräsidenten über den Bürgermeister. Der Regierungspräsident stellte sich natürlich auf Seiten des Bürgermeisters, denn auch er hat Furcht vor dem Bazillus. Nun hat sich der Antragsteller gar an den Innenminister gewandt, um von dem die gewünschte Bewilligung zu erlangen. Bis heute hat er noch keinerlei Nachricht darüber bekommen. Inzwischen läuft die Sache bereits seit Mitte vorigen Jahres. Bei seiner Bolschewistenfurcht wird Sanft Bürokratie die Sache noch weiter hinziehen. Wahrscheinlich werden erst spätere Generationen das Ende dieser Sache erleben, wenn der Bazillus Bolschewismus nicht vorher aus der violetten Republik eine rote macht. Hoffen wir, daß es bald so weit ist.

#### An alle unsere Berichtskatter.

Wir verstehen, daß Ihr unzufrieden seid. Ihr verlangt, „daß wir doch das Wichtigste zuerst bringen und das weniger Wichtige zurückstellen sollen.“ Ja, wenn es so einfach wäre! Wir können Euch versichern, daß die bisher noch nicht veröffentlichten Berichte alle äußerst wichtig sind, und daß jede Ortsgruppe ihre Angelegenheiten (nicht mit Unrecht) für die wichtigsten hält. Die Entscheidung, was wichtiger ist, beispielsweise der Kampf der Langenbielauer Textilarbeiter gegen die Bonzen, der Kampf der ober-schlesischen Bergarbeiter gegen die Faschisten, der Widerstand der Breslauer gegen die Kolthilfe oder der Kampf der Waldenburger gegen die Ueberschichten, wer will und soll sie fallen? Die Redaktion ist bestrebt, die Frage dadurch zu entscheiden, daß sie bei Aufnahme von Berichten möglichst alle Teile der Provinz gleichmäßig berücksichtigt. Bei der Größe des Verbreitungsgebietes und dem kleinen Umfang der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ müssen zurzeit leider auch sehr wichtige Berichte zurückgestellt werden. Geduldet Euch noch bis zur Herstellung unserer Zeitung durch die Rotationsmaschine. Wir werden dann alle wichtigen Zuschriften sofort veröffentlichen.

### Aus der Partei.

#### An alle Ortsgruppen- und Kreisleiter.

#### An alle Mitglieder der RPD., Bezirk Schlesien.

Genossinnen und Genossen! Die ungeheure Entwertung der Mark macht es der Partei zur Pflicht, mehr als bisher für die Finanzierung derselben zu tun. Die Aufgaben, die der Partei durch die gegenwärtige Lage gestellt werden, verlangt die Schaffung eines

#### Kampffonds der RPD.

Ausgehend von der Notwendigkeit, daß die RPD die historische Aufgabe hat, während in alle politischen Kämpfe einzugehen und auch die notwendigen Gelder dafür zu beschaffen, beschloß die Bezirksleitung, die Beiträge für die 2. Hälfte des Monats Februar pro Woche

- für I. Klasse auf 120 Mark,
- für II. Klasse auf 75 Mark,
- für III. Klasse auf 40 Mark

zu erhöhen. Die Mehrleistung an Beiträgen erfolgt dadurch, daß wir alle Parteimitglieder bitten, eine Mark mehr (also 5 Mark) im Monat Februar zu geben. Damit unsere Genossinnen und Genossen erkennen, wie schwer es ist, auch nur einigermaßen den Anforderungen der Zeit zu entsprechen, lassen wir eine Gegenüberstellung der wichtigsten Ausgaben für unsere Arbeit folgen.

#### (Nachmittagsführung)

#### (5. Verhandlungstag.)

Genosse Kay fortsetzend:  
Er erklärt, er werde nicht im einzelnen auf das Kommunalprogramm eingehen. Die dem Parteitag vorliegenden Richtlinien müßten zum Gemeingut der Parteigenossen werden. Zu den größten Fehlern, die auf dem Gebiet der Kommunalpolitik begangen werden, gehört es, wenn die Abgaben und Gebühren entweder demokratisch umgelegt oder mechanisch gestaffelt werden. Wir müssen

rücksichtslos alle Lasten auf die Bestehenden abwälzen. Die Gemeinden, in denen wir Kommunisten allein oder gemeinsam mit der SPD die Mehrheit haben, sind allerdings meistens ohne Bestehende. Da müssen wir nach dem Einkommen und der Kinderzahl staffeln.

Die Wohnungsfrage wird nicht dadurch gelöst, daß wir 20 oder 30 neue Wohnungen herstellen, wir müssen den Gegenstand aufheben, der zwischen den Bruchpfeilern der Bourgeoisie und den Höhlen befehlt, in denen das Proletariat haust. Wir müssen rücksichtslos die Umwidmung kinderreicher proletarischer Familien in die großen Wohnungen der Bestehenden bewerkstelligen, trotz des schärfsten Widerstandes der Bourgeoisie.

#### Die Mieterorganisationen

sind von der größten Bedeutung für die kommunistische Gemeindepolitik. Nicht was in bezug auf die Mieterorganisationen auf dem Papier steht, ist maßgebend, sondern das, was die Mieter daraus machen. Die Mieterräte können von außerordentlicher agitatorischer Bedeutung werden, insbesondere auch in illegalen Zeiten. Unsere französischen Genossen haben auf diesem Gebiete Vorbildliches geleistet.

#### In bezug auf das Gesundheitswesen

müssen wir die Klassenpolitik in der Krankenpflege aufheben. Wir fordern Krankenhausräte, die die Schwangerenversorgung, die Säuglingsversorgung, die Lebensmittelversorgung in die Hand nehmen müssen. Wichtigste Mitarbeit müssen dabei die Hausfrauenräte leisten, die zu einem mächtigen Hebel der Aktivierung der Massen werden müssen. Unsere nächsten Forderungen sind:

1. Sofortige Inangriffnahme produktiver Arbeiten zur Erweiterung der Erwerbslosen in den Produktionsprozesse.
2. Gemeindliche Erhöhung der Armen-, Erwerbslosen-, Kriegsober- und Sozialrentner-Unterstützungen auf das vom zuständigen statistischen Amt errechnete Existenzminimum.
3. Staffelung aller gemeindlichen Steuern, Abgaben, Gebühren, Mieten, Pachten, Schulgelder, Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise nach Einkommen und Kinderzahl unter härtester Heranziehung der Bestehenden.
4. Umquartierung der kinderreichen Proletarierfamilien in die Großwohnungen der Bourgeoisie und der bürgerlichen Kleinfamilien in die bisherigen Kleinwohnungen und Wohnhöhlen des Proletariats.
5. Sofortige Einrichtung von Volkspfungen, unentgeltliche Abgabe von Milch, Nahrungsmitteln und Wäsche für Schwangere, Wöchnerinnen und Säuglinge des Proletariats. Uebernahme aller Entbindungskosten für Proletarierinnen auf die Gemeinde; unentgeltliche Ernährung und Kleidung, Schulgelder, Fern- und Lehrmittel-Freiheit für alle Schulkinder des Proletariats. Abgabe verbilligter Lebensmittel- und Heizmittel an Erwerbslose, Kriegsober-, Sozialrentner und an die übrigen Opfer des Kapitalismus. Gemeindliche Lebensmittelversorgung in Verbindung mit den Konsumvereinen, gemeindliche Monopolisierung des Holz- und Kohlenhandels.
6. Sofortige Freigabe der Brennholzsammlung in gemeindlichen Forsten an die proletarischen Familien. Einstellung aller gemeindlichen Auktionen von Brennmaterialien, von Obst usw.

#### Es kosteten:

Vor dem Kriege		Heute	
1 Kuvert	0,005 Mt.	1 Kuvert	10 Mt.
1 Bogen Briefpapier (Quart 4seitig)	0,02	1 Bogen Briefpapier (Quart 4seitig)	18
1000 Bogen Schreibmaschinpapier	4,—	1000 Bogen Schreibmaschinpapier	22000
1000 Bogen Durchschlagpapier	2,—	1000 Bogen Durchschlagpapier	12000
1 Farbband	1,—	1 Farbband	6000
1 Bogen Kohlepapier	0,03	1 Bogen Kohlepapier	120
Fahrtgeld 4 Kl. p. km	0,02	Fahrtgeld 4 Kl. pro km	8
1 Brief, Porto	0,10	1 Brief, Porto (ab 15. Febr. 100 Mt.)	50
Summa 7,925 Mt.		Summa 38186 Mt.	

Die Preise des notwendigen Materials sind gestiegen um das

#### 4800fache des Friedenspreises.

Die Kosten einer Versammlung betragen:

Vor dem Kriege		Heute	
Fahrt Breslau—Lauban 4 Kl.	3,20 Mt.		1272 Mt.
Jurid.	3,20		1272
Speisen	3,00		750
Wogis	3,00		1500
12,40 Mt.		4794 Mt.	

Hier beträgt die Steigerung das

#### 386fache.

Ein Monatsbeitrag für die Partei betrug vor dem Kriege 0,40 Mt., heute einschließlich des Bezirks-Natopfers 520 Mt., das ist nur das

#### 1300fache des Friedenspreises.

In der letztgenannten Beitragssteigerung ist die oben angeführte Erhöhung der Beiträge schon enthalten. Wenn wir aber alle Angaben, die uns der 4. Weltkongreß und der 8. Parteitag gestellt haben, erfüllen wollen, dann ist eine weitere große Erhöhung der Parteibeiträge dringend notwendig. Die Zentralkommission schlägt vor, daß wir für den Monat März mindestens die Beiträge für I. Klasse auf 180 Mark, für II. Klasse auf 120 Mark, für III. Klasse auf 40 Mark

pro Woche festlegen müssen. Der 6. Bezirksparteitag wird hierüber endgültig Beschluß fassen müssen, um die notwendigen Mittel der Partei sicherzustellen.

Genossinnen und Genossen! Wenn Ihr den Sieg des Kommunismus wollt, dann schafft einen

#### Kampffonds für die RPD.

Bezirksleitung der RPD. Bezirk Schlesien

7. Sofortige Schaffung von Warmhallen und Obdachlosen-Ählen für den Winter.
  8. Sofortige Einführung unentgeltlicher Totenbestattung für alle Angehörigen des Proletariats.
- Diese Forderungen haben wir in großen Teilen Deutschlands erhoben, und teilweise in die Praxis umgesetzt. Es ist uns gelungen, die sozialdemokratischen Massen und teilweise auch sozialdemokratische Gemeindevertreter für sie zu mobilisieren.

#### Die Geldfrage

darf für uns Kommunisten unter keinen Umständen eine Beschränkung unserer Aktion in den Gemeinden abgeben. Gelegentliche Beschränkungen dürfen für uns nicht maßgebend sein. Wir müssen die Staffelung der Steuern usw. in der Form durchführen, die wir als Kommunisten für erforderlich halten, und müssen diese Politik durchführen bis zur Zwangsaktionierung.

Mit dem Zerfall des kapitalistischen Staates werden auch die Gemeinden zusammenbrechen. Wir Kommunisten haben keine Ursache, diesen Prozeß hinauszuhalten.

Die Beteiligung an der Gemeindepolitik ist für uns auch wichtig, weil sie die Möglichkeit bietet, möglichst viele Arbeiter und Arbeiterfrauen in der Verwaltung zu schulen und mit der Sechtheit der Verwaltungsaufgaben vertraut zu machen. Das ist das eine Nebenaufgabe. Unsere Hauptaufgabe bleibt durch unser Verhalten in den Gemeindeparlamenten unsere Verbindung mit den proletarischen Massen zu festigen und zu vertiefen, und sie heranzuholen für die kommenden Kämpfe. Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten ist die bewußte Sabotage des kapitalistischen Staates: wir müssen ihn zerlegen und beseitigen, sonst ist der Zweck unserer Beteiligung an der Gemeindepolitik verfehlt. So aber kann sie mit zur wichtigsten Aufgabe der kommunistischen Partei werden.

Infolge der vorgerückten Zeit wird davon abgesehen, in eine Diskussion über die Ausführungen des Genossen Kay einzutreten.

Vor dem Schlußwort des Gen. Böttcher werden angenommen: eine Resolution zur Beamtenfrage, zur Gewerkschaftsfrage, zur politischen Lage.

#### Schlußwort des Gen. Böttcher.

Er weist darauf hin, daß die Partei nach dem Parteitag in eine verschärfte politische Situation komme. Die französische Regierung habe der deutschen eine Rolle überreicht, nach der ab 1. Februar keine Kohle und kein Reis mehr aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte Deutschland hineinkomme. Das bedeutet eine weitere Verschärfung der Not des Proletariats. Die deutschen Kapitalisten wünschen eine solche Verschärfung. Seit Beginn des Parteitages ist der Dollar von 23 auf 4300 emporgeschritten. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Kaufmann-Konferenz vor dem Aufstiegen steht. Die Konflikte inner- und außenpolitisch verschärfen sich von Tag zu Tag. Drohend erhebt der Faschismus sein Haupt. Der Parteitag darf nicht auseinandergehen ohne den Schwur, daß die Kommunisten im Kampf gegen die Faschisten in der ersten Feuerlinie stehen werden. (Stürmischer Beifall des Parteitages.)

Dem tapferen französischen Proletariat versichern wir unsere Sympathie und Waffenbrüderschaft. Wir werden mit ihm in einer Klassenfront kämpfen. Die Sowjetrepublik Rußland steht leuchtend auf dem Wege des revolutionären Proletariats. Sowjetrußland ist ein Garant für den Sieg des Proletariats. Sowjetrußland grüßen wir. Wir grüßen die Rote Armee. Wir gehen mit Sowjetrußland eine eiserne Wafelanz zu schließen zum Kampf gegen die Weltbourgeoisie.

#### Es lebe Sowjetrußland!

#### Es lebe die kommunistische Partei Rußlands!

#### Es lebe die 3. Internationale!

Stürmischer anhaltender Beifall des Parteitages. Mit dem Abgehen der „Internationale“ ist die Tagung geschlossen.

### Aus der Jugendbewegung.

#### An alle Ortsgruppen der RPD., Bezirk Schlesien.

Wegen der reichhaltigen Tagesordnung und der vielen politischen und organisatorischen Vorarbeiten, die zu erledigen sind, sieht sich die Bezirksleitung gezwungen, die Bezirkskonferenz schon am Sonnabend, den 23. Februar 1923, nachmittags 6 Uhr beginnen zu lassen. Klugungslokal ist, wie bereits bekanntgegeben, das Breslauer Parteibüro, Nikolaistraße 49/50.

- Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:
1. Die Tagung unseres Reichsausschusses und die Beschlüsse des 3. Kongresses der RPD.
  2. Der Kampf gegen die Reaktion und gegen den Militarismus.
  3. Die wirtschaftlich-gewerkschaftliche Arbeit.
  4. Unsere Betriebsarbeit.
  5. Stellungnahme und Wahlen zum Reichskongreß.
  6. Berichte der Bezirksleitung.
  7. Organisatorisches und Verschiedenes.

Diese Tagesordnung, mit deren Erledigung die wichtigsten Arbeiten vorbereitet werden, macht es notwendig, daß jede Ortsgruppe der kommunistischen Jugend vertreten ist. Wenn die Ortsgruppen nicht in der Lage sind, ihr Delegationsrecht voll auszunutzen, so müssen sie wenigstens einen Delegierten unbedingt entsenden. Auf jeden angefangenen 20 Mitglieder kann ein Delegierter gewählt werden. Gültig ist die Zahl der Mitglieder, für die bis zur Bezirkskonferenz die Pflichtbeiträge für Dezember und Januar abgeliefert sind.

Die Tagung wird außer Sonnabend den ganzen Sonntag in Anspruch nehmen. Wir ersuchen die Delegierten, sich darauf vorzubereiten, daß sie erst Sonntag abend in ihre Orte zurückfahren können.

Für Unterkunft der Delegierten ist gesorgt.

Uns Genossinnen und Genossen, sorgt dafür, daß in der Ortsgruppen zu den vor uns liegenden Aufgaben Stellung genommen wird, damit die Arbeit unserer Gruppen auf der Bezirkskonferenz ihren Widerhall findet. Dann wird auch die Konferenz erspriechliche Arbeit leisten und die großen vor uns liegenden Aufgaben ihrer Erledigung ein gutes Stück näher bringen.

Die Bezirksleitung.

